

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 1 (1973)

DOI: 10.11588/fr.1973.0.46156

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

HEINZ WOLF SCHLAICH

DIE REICHSGRÜNDUNG 1870/71 UND DIE  
DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN

Bemerkungen zu einer wichtigen Neuerscheinung\*

Die Reichsgründung von 1870/71 und der damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende deutsch-französische Krieg haben in Deutschland in den vergangenen hundert Jahren sehr unterschiedliche Würdigungen gefunden, deren Skala von der höchsten Glorifizierung bis zur entschiedensten Verdammung reicht. Die politische Entwicklung seither spielte für die Beurteilung eine große Rolle. Aber auch im Urteil Frankreichs erschienen diese für beide Länder so entscheidenden Ereignisse in immer neuem wechselndem Licht. Über alle Widersprüche hinweg besteht Einigkeit darüber, daß die Reichsgründung mit dem deutsch-französischen Krieg eines der folgenreichsten Ereignisse der neueren europäischen Geschichte war. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand und nach Erreichung einer umfassenden Übersicht über die Quellen wurde die Darstellung der wichtigsten Teilaspekte dieses Ereigniskomplexes aus wissenschaftlicher Distanz möglich. Doch sind auch heute, hundert Jahre danach, noch einzelne Fragen offen, auch lassen sich heute noch – wenn auch nicht in grundsätzlichem Widerspruch – von einander abweichende Interpretationen finden. Es zeugt von der wissenschaftlichen Aufrichtigkeit der Herausgeber des hier zu würdigenden Sammelbandes, daß die einzelnen auf breiter Literatur- und Quellenanalyse basierenden wissenschaftlichen Beiträge nicht um der Einheitlichkeit des Geschichtsbildes willen »harmonisiert« oder standardisiert wurden. Das Buch ist damit zu einer echten Bestandsaufnahme geworden, bei der das Ringen um möglichste Objektivität sichtbar ist, die mit überholten Klischees aufräumt und zu weiteren Forschungen anregt. Obwohl die Verfasser der Beiträge von sehr unterschiedlichen Fragestellungen ausgehen und der Kreis der Autoren sich nicht nur auf deutsche Historiker beschränkt, ist das gewonnene Gesamtbild einheitlicher als man annehmen könnte. Wegen der überragenden Bedeutung der Ereignisse von 1870/71 für die europäische Geschichte, ganz

---

\* Reichsgründung 1870/71. Tatsachen. Kontroversen. Interpretationen. Hrsg. von Theodor SCHIEDER und Ernst DEUERLEIN. Seewald Verlag Stuttgart 1970. 475 S.

besonders für die Ausbildung des politischen Bewußtseins in Frankreich und Deutschland und die gegenseitigen Beziehungen der beiden Nationen bis zum heutigen Tage, legen es wissenschaftliche wie politische Erwägungen nahe, dieser Neuerscheinung besondere Beachtung zu schenken und die wesentlichen Ergebnisse kurz zu referieren. Die übliche Form einer Buchbesprechung gäbe keine Möglichkeit, auch die methodischen Anregungen der einzelnen Beiträge herauszustellen, die für die weitere Diskussion unter Historikern und Politikern in Frankreich, Deutschland und anderen europäischen Ländern fruchtbar sein können. Eine ausführliche Würdigung dieses Buches ist in einer Zeitschrift, welche sich »Forschungen zur westeuropäischen Geschichte« widmet, auch deshalb angebracht, weil es sich – was besonders hervorzuheben ist – ganz aus der Verengung der nationalstaatlichen deutschen Geschichtsschreibung gelöst und zahlreichen Problemen Platz eingeräumt hat, die in gleicher Weise die französische wie die deutsche Geschichte bewegten und teilweise heute noch zumindest unterschwellig die Tagespolitik mit beeinflussen. Der Komplex des Nationalstaates, des Nationalismus und Chauvinismus im allgemeinen, das Selbstbestimmungsrecht nationaler Minderheiten, die Wurzeln der antifranzösischen Einstellung eines Großteils der deutschen Öffentlichkeit – von den Liberalen bis zu den ultramontanen Katholiken – im 19. Jahrhundert sowie der antipreußisch-antideutschen Propaganda in Frankreich, das Verhältnis zwischen französischer und deutscher Kultur, die ideologische Auseinandersetzung zwischen den Sozialisten in Frankreich und Deutschland, die wirtschaftlichen Beziehungen, das Scheitern der Schiedsrichterrolle Napoleons III. in Europa, die Hoffnungen auf eine Einigung mit Frankreich und eine Neuordnung Europas bis hin zu den Plänen der Vereinigten Staaten von Europa, die Funktion des Alten Reichs und des Deutschen Bundes, d. h. des national noch nicht geeinten »deutschen Raumes in Mitteleuropa«, als Garant für den Frieden, die Kriegsschuldfrage von 1870 – alle diese Probleme werden angeschnitten und auch neue Akzente in der Beurteilung Napoleons III. und Bismarcks gesetzt. Obwohl mit der Reichsgründung ein Kapitel deutscher Geschichte Thema des Buches ist, leistet es einen Beitrag zur europäischen Geschichte, wobei die deutsch-französischen Beziehungen als eines der zentralen Probleme europäischer Vergangenheit und Gegenwart besonders im Vordergrund stehen. Wohl sind in den letzten Jahren von deutscher Seite bereits eine Reihe von aner kennenswerten Forschungen zu diesem Thema vorgelegt worden<sup>1</sup>, doch bleibt dem vor-

<sup>1</sup> Walter BUSSMANN, Das Zeitalter Bismarcks. In: JUST, L. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3/II, Konstanz 1956; Otto BECKER, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung. Hrsg. u. erg. v. SCHARFF, A., Heidelberg 1958; Theodor SCHIEDER, Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich. In: GRUNDMANN, H. (Hrsg.), Gebhardt – Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 3, Stuttgart 1970, S. 97–220; Ders., Europa im

liegenden Werk das Verdienst außer neuem Material erstmals eine umfassende Gesamtübersicht geboten zu haben.

Mit den Beiträgen von Erich *Angermann* »Die deutsche Frage 1806 bis 1866« und Adam *Wandruszka* »Zwischen Nikolsburg und Bad Ems« wird ein Bogen vom alten Reich, das 1806 unterging, bis zur Bismarckschen Reichsgründung geschlagen. Das erscheint deshalb wichtig, weil die Mit- und Nachwelt, wie besonders der letzte Beitrag von Theodor Schieder zeigt, zwischen alter Reichstradition und dem Deutschen Reich von 1871 einen Zusammenhang herstellte, auch wenn die Unterschiede zwischen der hierarchisch-ständischen Rechtsordnung des alten Reiches und dem vom neuzeitlichen Gedanken der Staatssouveränität geprägten Nationalstaat noch so groß waren. Entsprechend dem Generalthema des Buches greift Angermann aus der deutschen Geschichte von 1806–1866 nur einige wesentliche Probleme heraus. Der Nationalgedanke wurde in Deutschland in der Zeit der Fremdherrschaft geboren und deren erfolgreiche Abschüttelung in den sogenannten Befreiungskriegen 1813 bis 1815 führte zu einer Überschätzung der eigenen Rolle. Das schlechte Urteil über den Deutschen Bund wurde von den übersteigerten Hoffnungen wesentlich mitbestimmt. Die Aktivität verlagerte sich auf nationale und mehr und mehr auch antifranzösische Demonstrationen bei historischen Jubiläen. Gegenüber dem agrarischen Österreich, das einem veralteten protektionistischen Merkantilismus huldigte, bot sich Preußen – durch die Rheinprovinzen ins übrige Deutschland »hineingewachsen« – den nationalen und liberalen Kreisen als Führungsmacht zunächst auf wirtschaftlichem Gebiet an. Auf dem Weg über den Zollverein konnte Preußen seine Machtstellung ausbauen. In der deutschen Revolution von 1848/49 standen sich die auf dem revolutionären Prinzip der Volkssouveränität basierende Nationalversammlung und die historisch begründete Legitimität der Regierungen der Einzelstaaten gegenüber, die dann schließlich überall, auch in Preußen, den Sieg davontrugen. Die zunächst wohlwollende Haltung des europäischen Auslands veränderte sich im Gefolge der Ausein-

---

Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum I. Weltkrieg. In: SCHIEDER, Th. (Hrsg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 6, Stuttgart 1968, S. 1–196; Ernst Rudolf HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3, Stuttgart 1963; Rudolf BUCHNER, Die deutsch-französische Tragödie 1848–1864. Politische Beziehungen und psychologisches Verhältnis. Würzburg 1965; Helmut BÖHME, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat in der Reichsgründungszeit 1848–1881, Köln 1969. Neben dieser kleinen Auswahl aus der wissenschaftlichen Literatur – weitere Literaturangaben finden sich besonders in den beiden Handbuchbeiträgen von Th. SCHIEDER – sei noch auf das für einen breiteren Leserkreis bestimmte Buch von Franz HERRE, Anno 70/71. Ein Krieg, ein Reich, ein Kaiser (Köln 1970) oder als Beispiel für eine weniger wissenschaftliche als feuilletonistische Darstellung auf Bernhard ÜCKER, Wie Bayern unter die Pickelhaube kam. 1870–1970 (München 1970) hingewiesen.

andersetzungen um Schleswig-Holstein und im Zusammenhang mit dem in Frankfurt laut werdenden aggressiven Nationalismus. Als Ergebnis der Revolution kann man aber immerhin buchen, daß nun die Wege gewiesen waren, die für die Lösung der deutschen Frage gangbar waren. Der Wandel in der Zeit nach der Revolution zeigte sich einmal im Übergang von der idealistischen zur realistischen Machtpolitik, zum anderen in der Abdrängung vieler altliberaler Kreise in die nun schnell wachsende Wirtschaft, die ihrerseits zu sozialen Spannungen und zur Forderung nach einer starken, eine soziale Revolution verhindernden Macht führte, und drittens im Zerfall des Konzerts der europäischen Mächte, wie er sich deutlich im Krimkrieg abzeichnete. Durch die Versöhnung mit dem liberalen Bürgertum machte Preußen in der neuen Ära in Deutschland »moralische Eroberungen«, welche den Gegensatz zwischen Preußen und Österreich nur noch verstärkten. 1866 schließlich war der Deutsche Bund nicht mehr imstande, den Dualismus zwischen den beiden deutschen Großmächten sowie zwischen ihnen und den Interessen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten auszugleichen<sup>2</sup>. Wandruszka stellt fest, daß mit Königgrätz noch keineswegs eindeutig der Sieg Preußens feststand, sondern daß entgegen der späteren Interpretation als »staatsmännischer Schonung« des Gegners bei Bismarck das militärische und politische Interesse an einem schnellen Waffenstillstand und Frieden überwog, um den Erfolg nicht aufs Spiel zu setzen. Die Annexionen und die Verträge mit den süddeutschen Staaten waren die Konsequenz. Vor einer weitergehenden deutschen Politik machte Bismarck, den Wandruszka mehr als preußischen denn als deutschen Politiker kennzeichnet, halt, obwohl er sich alle Wege offenhielt. Wandruszka weist nach – wie weiter unten auch Bußmann –, daß die Hinwendung der Liberalen zu Bismarck im Jahre 1866 nicht der große Sündenfall des Liberalismus war, wie vielfach behauptet wird; denn schon 1848 war die Wendung zum Bündnis mit der Staatsraison und dem Machtstreben der Einzelstaaten vollzogen worden. Doch nicht nur von der Seite der Liberalen, auch von den Freikonservativen bekam Bismarck nun Hilfestellung. Mit der Rolle der Helfer und Gegner der Politik Bismarcks befaßt sich ausführlich Bußmann, so daß hier die Einzelheiten übergangen werden können. Wandruszka führt weiter aus, wie Bismarck den Bau des Norddeutschen Bundes sehr behutsam vornahm und der Wirtschaft, deren Integration der politischen Einigung in Deutschland weit voraus war, im Reichstag eine bedeutende Stellung einräumte. Die Wahlen zum Zollparlament zeigten allerdings, daß in Süddeutschland noch die Mehrheit gegen eine nationale Einigung durch Preußen war; doch das industrielle Großbürgertum, das Bildungsbürgertum und der mediati-

<sup>2</sup> Über deren Politik wird der Vf. dieser Übersicht in Kürze eine größere Arbeit vorlegen.

sierte Adel schwenkten langsam auf die preußische Linie ein. Eine Gleichsetzung politischer Gruppierungen und sozialer Schichten oder Klassen ist aber dennoch bei der Vielgestaltigkeit Deutschlands zu jener Zeit nicht möglich. Da Bismarck über die Regierungen in den Einzelstaaten zur Lösung der deutschen Frage kommen wollte, mußte er vermeiden, diese durch Begünstigungen der nationalen Einigungsbewegung und der »kleindeutschen Parteien« zu verstimmen. Aus den gleichen Überlegungen heraus verschloß sich Bismarck auch dem einseitigen Anschlußstreben Badens, weil er davon eine ungünstige Wirkung auf die übrigen süddeutschen Staaten befürchtete. Um den Stand von 1866 zu festigen, bemühte sich Bismarck auch um die Wiederherstellung guter Beziehungen zu Österreich, das durch den Verlust seiner deutschen und italienischen Stellung zum inneren Staatsumbau genötigt war. Die in der Geschichte häufig festzustellende Parallelität in der Entwicklung der beiden deutschen Großmächte trat nach Wandruszkas Meinung auch hier wieder zutage, indem gleichzeitig im Norddeutschen Bund und in der Donaumonarchie die künftige staatliche Gestaltung ausgehandelt wurde. Im österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 sahen die gesamtstaatlich eingestellten Österreicher ebenso wie die für eine föderalistische Lösung eintretenden Kreise ein Verhängnis, letztere, weil der einseitige Ausgleich mit Ungarn den rechtzeitigen Umbau des Vielvölkerreiches in einen Bund freier und gleichberechtigter Nationen verhinderte. Doch für Beust<sup>3</sup>, den ehemaligen sächsischen, jetzt österreichischen leitenden Minister, kam es im Augenblick nur darauf an, Österreich wieder die Stellung einer Großmacht in Europa zu verschaffen – als Grundlage für seine deutsche und europäische Politik. Das Konzept Beusts, durch eine liberale Innenpolitik das Zusammenwirken mit dem Liberalismus in Süddeutschland, Frankreich und Italien zu fördern und damit einer Revanche gegen Preußen näher zu kommen, scheiterte nicht nur an der österreichischen Politik selbst, sondern auch an den unüberwindbaren Gegensätzen zwischen Frankreich und Italien (römische Frage), Italien und Österreich (Trient und Triest) sowie Frankreich und Österreich (Tod Kaiser Maximilians von Mexiko). Im Gegenteil, im deutschen Liberalismus Österreichs vollzog sich ein Wandel vom Haß zur »neiderfüllten« Bewunderung Bismarcks. Österreich entschied sich schließlich für die Neutralität; endgültig überholt wurde das außenpolitische Konzept Beusts durch den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen im Krieg gegen Frankreich; die ersten deutschen Siege riefen bei den Deutschösterreichern Stürme der Begeisterung hervor.

<sup>3</sup> Heinrich POTTHOFF, Die Deutsche Politik Beusts von seiner Berufung zum österreichischen Außenminister Oktober 1866 bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71. (Bonner Historische Forschungen Bd. 31), Bonn 1968.

Die »Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71« untersucht Jochen *Dittrich*<sup>4</sup>. Von der Frage ausgehend, ob die Reichsgründung nicht nur die Folge des deutsch-französischen Krieges war, sondern auch dessen Ursache, skizziert er den machtpolitischen Hintergrund der europäischen Situation vor dem Krieg. Die preußenfreundliche Politik Napoleons III. fand mit Königgrätz ihr Ende, das als ein Mißerfolg der französischen Diplomatie gewertet wurde; die versäumte Intervention wurde von der französischen Geschichtsschreibung als »la faute cardinale du règne« bezeichnet. Die Kompensationspolitik konnte den Fehler nicht wieder gut machen; die Schiedsrichterrolle Frankreichs in Europa war ausgespielt. Nationale Interessengegensätze zwischen Preußen–Deutschland und Frankreich traten nun immer stärker hervor, zumal Napoleons Außenpolitik stark von innenpolitischen Rücksichtnahmen bestimmt wurde. Die Beurteilung der Schuld am Krieg von 1870/71 war und ist bei französischen und deutschen Historikern sehr unterschiedlich. Während die Franzosen der festen Überzeugung waren und teilweise auch noch sind, daß Bismarck die spanische Hohenzollernkandidatur bewußt als Kriegsprovokation gegen Frankreich aufgebaut habe, glaubten die Deutschen bis vor kurzem, daß Frankreich die Kandidatur nur als Vorwand benutzt habe, um die Gegensätze zum Krieg ausweiten zu können. Das Auswärtige Amt in Berlin hat noch nach dem Ersten Weltkrieg die Benützung von Akten verweigert, welche diese Auffassung verändern könnten. Das Bild der deutschen Geschichtsschreibung von heute, das Dittrich selbst durch Studium unveröffentlichter Akten ergänzen konnte, stimmt nicht mehr mit der Darstellung Bismarcks von den Vorgängen überein. Den Ausgang nahm die Kandidatur zwar in Spanien und nicht bei Bismarck, doch wurde dessenungeachtet ein Hohenzoller auf dem spanischen Thron und damit eine »scheinbare Umklammerung Frankreichs durch Deutschland« als Schwäche Napoleons gewertet. Darum stellte sich Bismarck – unter strenger Geheimhaltung der Verhandlungen – sofort hinter die Kandidatur und bestärkte den zögernden Prinzen zur Annahme. Noch stand aber bei Bismarck dahinter nicht der Entschluß zum Krieg und zur gewaltsamen Einigung Deutschlands. Der Krieg widersprach nach Dittrichs Meinung seinem Verantwortungsbewußtsein, doch die Förderung der Unruhe in Frankreich kam ihm sehr gelegen. Die Kandidatur sollte Sprengstoff für eine Krise in Frankreich sein, doch Preußen sollte offiziell nichts damit zu tun haben. So leicht wie 1866 ließ sich aber Frankreich von Bismarck dieses Mal nicht überspielen. Den provozierenden Ton der französischen Kammererklärung vom 6. Juli 1870 begründete Gramont

---

<sup>4</sup> Jochen DITTRICH, *Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur. Die Kriegsschuldfrage von 1870*, München 1962.

mit dem Hinweis auf den Druck der Öffentlichkeit und des Parlaments. Die öffentliche Meinung war jedoch zu diesem Zeitpunkt in Paris noch gar nicht kriegerisch eingestellt. Auch Napoleon wollte nur nach außen als starker Mann dastehen, auf diplomatischem Weg versuchte er, den Konflikt zu vermeiden. Der Krieg wurde aber unvermeidbar, weil es nach dem 6. Juli den einflußreichen französischen Politikern nicht mehr um die Kandidatur, sondern einzig und allein um die Machtprobe mit Preußen ging. Man verkannte allerdings, daß eine Demütigung Preußens auch in den süddeutschen Staaten als eine Demütigung ganz Deutschlands aufgefaßt wurde. Mit dem freiwilligen Rücktritt der Hohenzollern von ihrer Kandidatur hätte der Streit beendet sein können, doch der französischen Kriegspartei genügte dieser diplomatische Sieg noch nicht, sie bestand auf Garantien von Preußen. Erst jetzt war Preußen die Möglichkeit gegeben, zum Gegenangriff überzugehen. Die Spannungen zwischen Bismarck und dem preußischen König Wilhelm erreichten ihren Höhepunkt, als der Kanzler erfuhr, daß Wilhelm vor dem französischen Druck zurückgewichen, die preußische Beteiligung an der Kandidatur eingestanden und selbst den Sigmaringer Hohenzollern den Rücktritt nahegelegt hat. Bismarck sah darin eine diplomatische Niederlage und erwog sogar einige Zeit ernstlich, zurückzutreten; doch raffte er sich wieder auf und trat nun seinerseits in aller Schärfe dem französischen Gesandten gegenüber, nicht um den Bruch herbeizuführen, sondern um die diplomatische Niederlage abzuwehren. Die Entscheidung fiel, als sich Wilhelm am 13. Juli in Bad Ems weigerte, über die vom französischen Gesandten vorgetragenen Garantieforderungen zu verhandeln, und befahl, das beleidigende Ansinnen Frankreichs in aller Öffentlichkeit zurückzuweisen. Die Depesche aus Ems wurde von Bismarck nicht verfälscht, durch Verkürzung jedoch so umredigiert, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, als ob der Abbruch des Gesprächs zwischen dem preußischen König und dem französischen Gesandten bereits dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten gleichkäme. Die Veröffentlichung der Emser Depesche mußte als die autorisierte Antwort der preußischen Regierung auf die französischen Garantieforderungen wirken. Frankreich, d. h. der Kaiser und die für die Erhaltung des Friedens eintretenden Politiker konnten nun den von der chauvinistischen Kammermehrheit geforderten Krieg nicht mehr verhindern<sup>5</sup>. Es war Frankreich, das den Krieg erklärte, und dennoch kann, »was die Verantwortlichkeit auf beiden Seiten betrifft, letztlich nicht von einem Kriegswillen und einer eigentlichen Kriegsschuld die Rede sein«.

»Kriegführung und Politik 1870/71« ist das Thema der Studie von

<sup>5</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von J.-B. DUROSELLE im gleichen Buch.



Eberhard *Kolb*<sup>6</sup>; die Wechselwirkung von Strategie und Politik zeigt er am Konflikt zwischen Bismarck und Moltke auf. Während Bismarck der militärischen Führung nur die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte als Aufgabe zuwies, den Zweck des Krieges aber in der Erkämpfung des Friedens zu politischen Bedingungen sah, beanspruchte Moltke für das Militär die völlige Unabhängigkeit im Handeln von der Politik. Es ist heute unbestritten, daß die Auseinandersetzung im deutschen Hauptquartier 1870/71 um dieses Problem ging; mit dem Bestreben der Militärs, die strategische Gesamtplanung von politischen Rücksichten freizuhalten – damals allerdings noch von Bismarck gebremst – wurde ein Weg beschritten, der zum verhängnisvollen Primat der militärischen Führung über die Politik im Ersten Weltkrieg führte. Die grundlegende Auseinandersetzung zwischen Bismarck und Moltke war die unterschiedliche Auffassung über »Methode und Zeitpunkt der Friedensanbahnung«. Zu Beginn des Krieges war für die verbündeten Regierungen das Ziel der militärischen Operation klar: möglichst schnelle Entscheidung auf dem Schlachtfeld, Lokalisierung des Krieges und Verhinderung der Einmischung bisher neutraler Mächte. Mit der entscheidenden Schlacht von Sedan war ein Ziel erreicht und Bismarck hoffte, bereits jetzt Friedensverhandlungen einleiten zu können. Wurden Bismarcks Hoffnungen gedämpft, als er erfuhr, daß der Kaiser selbst in Sedan eingeschlossen sei, so war Moltke darüber erfreut: Napoleon als Verhandlungspartner schied nach der Kapitulation von Sedan aus, Moltke konnte nun seine militärischen Ziele weiter verfolgen. Bismarck war bereit, wie eindeutig nachzuweisen ist, um Erreichung politischer Ziele willen auf den vollen militärischen Erfolg zu verzichten. Doch Sedan wurde kein Königgrätz. Als sich in Frankreich der nationale Widerstand verstärkte, rückte der Friede in weite Ferne. Die Belagerung von Metz glaubte Bismarck wiederum politisch auswerten zu können; der französische Oberbefehlshaber in Metz, Marschall Bazaine, hatte sich nicht der inzwischen in Paris gebildeten provisorischen Regierung unterstellt, so daß sich nach Bismarcks Vorstellungen die Möglichkeit eines Präliminarfriedens mit der Regentschaft abzeichnete. Bismarck manövrierte zwischen der provisorischen Regierung und den Unterhändlern der Bonapartisten hin und her. Um das Schicksal der in Metz eingeschlossenen französischen Truppen kam es zum erneuten Zerwürfnis zwischen Staats- und Heeresleitung. Doch nicht am Widerstand des deutschen Generalstabes, sondern an der Ablehnung der preußischen Bedingungen durch die Kaiserin in London und Bazaine scheiterte auch diese Möglichkeit zur Beendigung des Krieges.

---

<sup>6</sup> Eberhard KOLB, *Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*. Göttingen 1970; Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg. Wolfgang v. GROOTE u. Ursula v. GERSDORFF), *Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg*, Stuttgart 1970.

Da sich aber die öffentliche Meinung in Europa immer deutlicher gegen Deutschland zu wenden begann, wurde es für Bismarck immer drängender, den Frieden zu beschleunigen. Der Streit zwischen Bismarck und Moltke entzündete sich erneut an der Frage der Bombardierung von Paris. Bismarck drängte im Interesse eines schnellen Kriegsendes, während Moltke in aller Ruhe und Konsequenz seine militärischen Operationen fortführen und die artilleristischen Vorbereitungen treffen wollte. Nach der erhofften Kapitulation von Paris wollte Moltke sogar noch weiter nach Süden vorstoßen, um die feindliche Streitmacht völlig zu vernichten, während für Bismarck die Kapitulation von Paris und der Waffenstillstand eins waren. In getrennten Denkschriften legten Bismarck und Moltke dem preußischen König ihre Vorschläge vor, wie die Kapitulation von Paris zu behandeln sei. Der König gab schließlich den politischen Gesichtspunkten den Vorzug. Als in Paris die Lebensmittelvorräte zuende gingen, erschien am 23. 1. 1871 in Versailles ein Zivilist und kein General, die Verhandlungen wurden mit Bismarck und nicht mit Moltke geführt. So konnte am 28. 1. der Waffenstillstand geschlossen und am 26. 2. der Präliminarfrieden unterzeichnet werden. Bismarck und Moltke versöhnten sich nun wieder, doch der grundsätzliche Gegensatz blieb bestehen.

Einen umfassenden Überblick über die politischen Gruppierungen und Einstellungen zur Zeit der Reichsgründung in Deutschland gibt Walter *Bußmann* in seinem Beitrag »Bismarck: seine Helfer und seine Gegner«. Er erschöpft sich nicht in einer Aufzählung, sondern untersucht die allgemeinen Tendenzen der Zeit. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, festzuhalten, daß das Reich von 1871 aus diplomatischen Verhandlungen zwischen völkerrechtlich unabhängigen Staaten hervorging, was diesen Vorgang grundsätzlich von den Bemühungen der Jahre 1848/49, die auf der Volkssouveränität gründeten, unterschied. Das parlamentarische Moment spielte bei der Umwandlung der norddeutschen Bundesverfassung zur deutschen Reichsverfassung keine ausschlaggebende Rolle. Doch ausgerechnet im parlamentarischen Leben hatte Bismarck seine Karriere begonnen. Bismarck war verwurzelt im konservativen Boden des preußischen Staates. Auch als Bundestagsabgeordneter und in der Innenpolitik blieb Bismarck konservativ, doch in der Außenpolitik beschritt er mehr und mehr revolutionäre Wege. Auf dem einen wie dem anderen Bereich wurde Bismarcks Politik falsch verstanden oder uminterpretiert. Jedenfalls gewann ihm sein außenpolitisches, deutsches Konzept Anhänger und Helfer aus den Reihen seiner früheren Gegner, dem liberalen Lager. Daß der Gegenstand der Politik letztlich »Macht« sei, hatten die Liberalen 1848/49 gelernt. Die Jahre der Mitarbeit an der Reichsgründung und am Ausbau des Reiches wurden für die Liberalen die erfolgreichste Epoche in ihrer Geschichte. Bismarck entfremdete sich dafür von den Konservativen.

Doch der nationale Wille beschränkte sich nicht auf den Kreis der unmittelbaren Helfer Bismarcks. Die Gegner Bismarcks waren nicht gleichzeitig Gegner des Reiches. Doch mit Gegnern konnte man sich auseinandersetzen; problematischer war, daß Bismarck auch von seinen Helfern Schwierigkeiten bereitet wurden, so etwa durch die »treibende Unruhe« der badischen Politik. Auch behielten die Liberalen das Gespür dafür, daß Bismarck im Grundsätzlichen weit von ihren eigentlichen Vorstellungen entfernt war<sup>7</sup>.

Zur oppositionellen Rolle der Katholiken, der Bußmann hier ebenso nachgeht, sei auf das spätere Kapitel von Lill verwiesen. Opposition gegen Bismarck kam auch vom linken Liberalismus in der Fortschrittspartei; als Beispiel erwähnt Bußmann den Mediziner Virchow. Als Grund für die Gegnerschaft zu Bismarck führt der Autor auch noch den Neid vieler Berufsdiplomaten auf die außergewöhnliche Karriere des parlamentarischen Außenseiters an. Die Kritik an Bismarck bezog sich aber ganz besonders auf die Methoden seiner Politik, – in den Augen der Diplomaten – seiner »grundsatzlosen Politik«. Dessen ungeachtet waren die unmittelbaren Mitarbeiter im Auswärtigen Amt durchweg überzeugte Bismarckanhänger. Zu den Gegnern Bismarcks kann man schließlich auch noch den deutschen und preußischen Kronprinzen zählen, in den die Linksliberalen größte Hoffnungen setzten. Über die militärische Opposition war schon in anderem Zusammenhang die Rede, doch darf dabei nicht übersehen werden, daß Bismarck selbst »den militärischen Zuschnitt des preußischen Verfassungsstaates voll bejaht hat«. In der Parlamentarisierung, im demokratischen Liberalismus sah es im Grunde die größere Gefahr als im Sozialismus. Durch das Tragen einer Uniform betonte er bewußt seine Distanz zum Reichstag. Seinen Intensionen entsprach es, daß die Armee das gesellschaftliche Leben durchdrang und das deutsche Reich sich als Militärstaat gab. Doch waren gerade die militärischen Helfer seiner Politik seine leidenschaftlichsten persönlichen Gegner. Bußmann gelingt es ausgezeichnet, »die Voraussetzungen zu erläutern, unter denen die Zeitgenossen in wechselnden Momenten zu Helfern oder zu Gegnern werden konnten«. Zum Schluß weist er noch darauf hin, daß auch die Politik der europäischen Staaten ihm häufig – bewußt oder unbewußt – Hilfestellung leistete. Als Verdienst rechnet es Bußmann Bismarck an, daß er den neuen deutschen Staat in das europäische Staatengefüge eingeordnet und damit dem Frieden gedient hat.

»Die Verhandlungen über den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund und die Entstehung der Reichsverfassung« stellt

<sup>7</sup> Vgl. hierzu die Bemerkungen von J.-B. DUROSELLE über Bismarck in seinem Beitrag im gleichen Buch.

Karl Bosl in seinem das bisherige Forschungsergebnis glänzend zusammenfassenden Beitrag dar<sup>8</sup>. Die Mittelstaaten hatten 1866 die entscheidende Stunde versäumt, ein echtes Gegengewicht gegen die deutschen Großmächte Preußen und Österreich zu bilden. Dank ihrer lebensvollen Konsistenz konnten sich die süddeutschen Staaten auch nach dem Zusammenbruch des Deutschen Bundes behaupten; den Großmächten hatten sie sogar eine starke verfassungsmäßige Tradition voraus. Auf die Dauer waren sie jedoch in die Isolierung gedrängt, da der Süddeutsche Bund nicht zustande kam. Andererseits waren sie auch durch die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen in ihrer Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt; Baden drängte außerdem zum beschleunigten Anschluß an den Norddeutschen Bund und Hessen-Darmstadt war mit seinem nördlich des Mains liegenden Landesteil bereits Glied des Norddeutschen Bundes. Nur Württemberg und Bayern waren gewillt, ihre Souveränität solange als möglich zu verteidigen. Doch in der entscheidenden Frage der Kriegskreditbewilligung 1870 entschieden sich auch hier die Mehrheit der Kammern für das Zusammengehen mit Preußen. Damit war im grundsätzlichen bereits der Nationalstaat bejaht. Nach dem deutschen Sieg von Sedan und der Belagerung von Paris rückte die Entscheidung näher. Eine einheitliche Front der süddeutschen Staaten war auch jetzt nicht zu erreichen; Baden war ohne Bedingungen zum Beitritt bereit, Hessen-Darmstadt blieb keine andere Wahl, nur Württemberg und Bayern kämpften um Sonderrechte und um eine Reform der Bundesverfassung. Da Bismarck den freiwilligen Anschluß der süddeutschen Staaten wollte, vermied er zunächst möglichst allen Druck. Sein Hauptziel war, die süddeutschen Staaten zur Aufgabe einer selbständigen Außenpolitik zu bringen; auf Reservatrechte konnte er um des größeren Ziels willen durchaus eingehen. Sowohl der preußische Kronprinz wie auch Bismarck selbst legten Denkschriften vor, in welchen sie ihre Vorstellungen von der Verfassung des neuen Reiches niederlegten. Bosl geht im einzelnen auf die zähen Verhandlungen Bayerns und Württembergs ein. Dem Kanzler gelang es schließlich, sogar Bayern dazu zu bringen, die Initiative in der Einigungsfrage zu ergreifen. Bosl lehnt es ab, Bayerns reibungslosen Eintritt in das Bismarckreich allein auf das Konto des kranken Königs und seiner Geldnöte zu buchen<sup>9</sup>. Auch ein an-

<sup>8</sup> Karl Bosl, Die deutschen Mittelstaaten in der Entscheidung von 1866. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 29, 1966, S. 665–679; Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg. Wolfgang v. GROOTE u. Ursula v. GERSDORFF), Entscheidung 1866. Der Krieg zwischen Österreich und Preußen, Stuttgart 1966; Bayern und die deutsche Einigung 1870/71. Katalog (Bearb. v. Hermann-Joseph BUSLEY) zur Ausstellung des Bayer. Hauptstaatsarchivs München zum 100. Jahrestag der Reichsgründung am 18. Januar 1871, München 1971.

<sup>9</sup> Robert NÖLL v. D. NAHMER, Bismarcks Reptilienfonds. Aus den Geheimakten Preußens und des Deutschen Reiches. Mainz 1968; Hans RALL, Bayern und Bismarcks Lösung

derer Monarch hätte sich wohl nicht gegen den Strom der Zeit stemmen können. Im November 1870 konnten die Verfassungsverträge mit dem Norddeutschen Bund geschlossen werden. Bismarck hatte es fertig gebracht, daß alle vier süddeutschen Staaten auf der Grundlage der Verfassung des Norddeutschen Bundes mit nur einigen Veränderungen ein einheitliches Verfassungsbündnis abschlossen. Bayern und in geringerem Maße auch Württemberg wurde eine Ausnahmestellung eingeräumt, an welche Bayern in der Weimarer Zeit nur mit Wehmut als eine Epoche hoher staatlicher Selbständigkeit und politischen Einflusses zurückdenken konnte. Bosl zeigt, daß es ohne Zweifel das gemeinsame Ziel aller Unterzeichner der Novembervträge war, den Namen »Bund« durch »Reich« zu ersetzen und die Kaiserwürde wieder herzustellen; diesen Gedankengang führt Schieder in seinem Schlußkapitel weiter.

Den Abschluß der Verhandlungen um die Begründung des Reiches bildete die parlamentarische Ratifikation der Novembervträge durch den Bundesrat, den Reichstag des Norddeutschen Bundes und die Kammern der süddeutschen Staaten. Nur in Bayern stieß der Vertrag auf großen Widerstand, so daß die neue Verfassung und das Reich am 1. Januar 1871 zunächst ohne Bayern in Kraft trat. Erst drei Wochen später fand sich auch in Bayern die notwendige Zweidrittelmehrheit. So heftig die Auseinandersetzungen gerade in Bayern in den Jahren der Reichsgründung waren, so sehr erschien nach 1918 den Konservativen die Bismarcksche Reichsverfassung geradezu als Modell einer ausgewogenen föderativen Verfassung.

Ernst Rudolf *Huber* geht dem nicht nur verfassungs- sondern auch gesellschaftsgeschichtlich höchst interessanten Problem nach, welche Position der »Bismarckschen Reichsverfassung im Zusammenhang der deutschen Verfassungsgeschichte« im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zukommt. Jede Verfassung muß zwar zunächst aus ihrer unmittelbaren politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Situation heraus interpretiert werden; zur Beurteilung, ob eine Verfassung im Zuge eines über längere Zeiträume sich entwickelnden Evolutionsprozesses entstand, oder durch revolutionären Akt, ob sie der jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Entwicklung entsprach oder progressiv oder reaktionär war, dazu bedarf es des Vergleichs der Verfassungszustände über ein Jahrhundert hinweg. Die Besonderheit der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts läßt im Gegensatz etwa zur Verfassungsgeschichte Frankreichs weder den »deutschen Staat« noch die »deutsche Gesellschaft« schlechthin als Träger eines

---

der deutschen Frage. In: Zeitschrift für bayer. Landesgeschichte 22, 1959, S. 331–347; Ders., Bismarcks Reichsgründung und die Geldwünsche aus Bayern, ebenda S. 369–497; Hans PHILIPPI, König Ludwig II. von Bayern und der Welfenfonds, ebenda 23, 1960, S. 66–111; Ders. legt bisher unbekanntes Material in einer Besprechung von NÖLL v. D. NAHMERS Buch im Niedersächsischen Jahrbuch 40, 1968, S. 194–197, vor.

kontinuierlichen Verfassungszusammenhanges in Frage kommen. Deutsches Verfassungsleben entwickelte sich auf den verschiedenen Ebenen des Deutschen Bundes, der deutschen Groß- und Kleinstaaten und der nationalen Verfassungsbewegung, die über die einzelstaatlichen Grenzen hinwegging. Die zentrale Bedeutung der deutschen Reichsverfassung von 1871 war darum, daß sie die nationale Einheit Deutschlands – wenn auch unter Ausschluß Österreichs – erst begründete. Der Verfassungsentwurf von 1848/49 hat diese nationale Einheit nur vorbereitet und die Weimarer Verfassung von 1919 hat sie bewahrt. Das Urteil der Zeitgenossen von 1870/71 war je nach politischer Einstellung sehr geteilt. Gegenüber den Deutschen Bundesakten von 1815, die ja kein Fundament einer nationalstaatlichen Integration werden konnten, sondern mehr als ein Instrument europäischer Friedensordnung anzusehen sind, war die Reichsverfassung von 1871 für die bürgerlich-liberale Mehrheit ein außerordentlicher Fortschritt. Für die an der einzelstaatlichen Souveränität festhaltende, konservative Minderheit war sie in gleicher Weise ein Rechtsbruch wie etwa die Annexionen Preußens 1866. Auch den Sozialisten war das neue Verfassungswerk nicht geheuer, da sie in ihm eine reaktionäre Verhärtung der bestehenden Klassenverhältnisse sahen. Huber zeigt an wesentlichen Momenten auf, wie die Bismarcksche Reichsverfassung, die nicht oktroyiert wurde, sondern durch Vereinbarung der verbündeten Regierungen zustande gekommen ist, sowohl der Tradition wie den progressiven Kräften Rechnung trug. Hierher gehören die Fragen, ob die Verfassung einen Fürstenbund oder einen nationalen Verfassungsstaat begründete, inwieweit sie die Grundlage für einen unitarischen Bundesstaat wurde, wie Repräsentativsystem und Gewaltenteilung geregelt, welche Zuständigkeit und welche Macht dem Reichstag eingeräumt und welcher Spielraum den politischen Parteien gewährt wurde. Die Ambivalenz der Verfassung zeigt sich besonders deutlich in dem Kompromiß zwischen der Bejahung des Konstitutionalismus einerseits und der Wahrung der monarchischen Vorrechte in der Teilhabe an der Macht. Ihre Legitimität bezog die Verfassung von 1871 nicht nur aus dem Charakter der Vereinbarung und der bewahrenden Kontinuität deutscher Geschichte, sondern vor allem aus dem Verdienst, der seit langem um Selbstbestimmung ringenden Nation ohne einen totalen Bruch mit der Vergangenheit die Möglichkeit zu fortschrittlichen Gesetzen, sozialen Reformen und zur Entfaltung von Wissenschaft und Wirtschaft gegeben zu haben.

Wolfgang Zorn untersucht unter Auswertung statistischen Materials die »Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland in der Zeit der Reichsgründung«. Die wirtschaftlichen Fakten müssen Ausgangspunkt einer solchen Untersuchung sein. Daß Deutschland zur damaligen Zeit noch überwiegend ein Agrarstaat war – gemeint ist die deutsche Staatenwelt und ihre

sehr unterschiedliche Wirtschaftsstruktur auf einen statistischen Durchschnittswert gebracht –, belegt Zorn mit genauen Zahlen, denen u. a. auch eine französische Erhebung über die Wirtschaft der Zollvereinsstaaten von 1867 entspricht. Durch den Handel, den Rohstoffverkehr, der den Ausbau des deutschen Verkehrswesens zur Voraussetzung hatte, durch das Kleingewerbe und die bereits in verschiedenen Schwerpunkten aufblühende Schwerindustrie kam dem Zollverein eine wachsende, auch politische Bedeutung zu. Die Großindustrie beanspruchte für ihre notwendigen Investitionen in erhöhtem Maße großen Kapitaleinsatz und das Industriewachstum führte notwendigerweise zu einer schnellen Vermehrung der Industriearbeiterschaft und ihrer Konzentration in wirtschaftlichen Ballungsräumen. Das »Agrarland Deutschland« wurde in den Jahren vor der Reichsgründung mit wachsendem Tempo eine regional sehr differenzierte Landschaft, die Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur der Einzelstaaten und innerhalb der bevorzugten Industriegegenden wurden immer größer. Eine starke Wanderbewegung innerhalb Deutschlands und unter dem »Elendsdruck« auch ins Ausland war die Folge. Im weiteren geht Zorn den nur schwer faßbaren »Kapitalwanderungen« in Deutschland nach und hebt die Bedeutung der Zolltarifspolitik Preußens und des von ihm beherrschten Zollvereins hervor. Der Entscheidungskampf um die wirtschaftliche Führung in Deutschland trat durch den preußisch-französischen Handelsvertrag von 1862 in eine entscheidende Phase. Selbst in Preußen war das Interesse an der Erhaltung des Zollvereins sehr unterschiedlich, wie eine Umfrage bei den preußischen Handelskammern ergab. Die Annexionen von 1866 vergrößerten auch das wirtschaftliche Übergewicht Preußens innerhalb Deutschlands noch mehr. Danach mußten sich auch die Mittelstaaten richten, die trotz vieler Bedenken immer mehr auf den Markt und das Kapital in Preußen angewiesen waren und für die eine Isolierung nicht absehbare wirtschaftliche Folgen gehabt hätte<sup>10</sup>. Trotzdem kann man nur mit Einschränkung die These vom notwendigen Übergang ins Deutsche Reich reden. Denn in Wahrheit war schon vor der Reichsgründung im Rahmen des Zollvereins für die wirtschaftliche Vereinheitlichung (1861 deutsches Handelsgesetzbuch, 1869 Bundesoberhandelsgericht in Leipzig) so viel geleistet worden, daß man von der Reichsgründung keine allzu großen zusätzlichen Vorteile erwarten konnte. Doch unbestreitbar bleibt, daß die Gründung des Reiches in eine Blütezeit des Wirtschaftsliberalismus fiel und durch die wirtschaftliche Führungsrolle Preußens in starkem Maße begünstigt wurde. Was die sozialen Kräfte der nationalpolitischen Integration anbelangt, mißt Zorn den al-

<sup>10</sup> Helmut BÖHME, Vor 1866. Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik der deutschen Mittelstaaten (Hamburger Studien zur neueren Geschichte Bd. 7), Frankfurt/M. 1966.

ten Ständen weniger Bedeutung zu, dafür um so mehr den politischen Parteien und Vereinen, den Kirchen und der Presse. Er zieht aus näher interpretiertem Material das Fazit, daß die Bismarcksche Reichsgründung, dank der ihr zugrunde liegenden Ordnungsprinzipien, trotz aller national-liberaler Tendenzen in der Anfangszeit ein »sozial-konservative Erscheinung« blieb, der die Einsicht in die tiefer gehenden Strukturwandlungen der Zeit fehlte.

Zu einer spannenden Lektüre gestaltet der Mitherausgeber des Sammelbandes, Ernst *Deuerlein* seinen Beitrag über »Die Konfrontation von Nationalstaat und national bestimmter Kultur« an Hand zahlreicher, durch die Zusammenstellung sich zum eindrucksvollen Bild abrundenden Äußerungen namhafter zeitgenössischer Vertreter des kulturellen Lebens. Wie 1813 und 1914 wurden viele beim Kriegsausbruch 1870 zunächst von der nationalen Begeisterung mitgerissen. Während etwa Jacob Burckhardt und Friedrich Nietzsche eine »höhere Unvermeidlichkeit« sahen, doch vor den Auswirkungen bangten, rechtfertigten zahlreiche Wissenschaftler, u. a. auch Historiker, den Krieg in Reden und Aufsätzen, so etwa Ferdinand Gregorovius und David Friedrich Strauß. Daß der Cäsarismus Napoleons III. es war, der Preußen und Deutschland herausgefordert hatte, war für viele selbstverständlich; das ist aus der politischen Situation erklärlich. Bedenklich ist aber, wenn etwa der Berliner Jurist Carl Georg Bruns in seiner Rektoratsrede im Oktober 1870 Deutschlands Sieg über Frankreich als Sieg der Zivilisation in Europa interpretierte. Im schroffen Gegensatz dazu äußerte sich Nietzsche im November 1870 sehr pessimistisch über den »bevorstehenden Kulturzustand«; er hielt »das jetzige Preußen für eine der Kultur höchst gefährliche Macht«. Seine Sorgen vor der Zukunft konnte auch Leopold von Ranke – wenn auch in gemäßigerer Form – nicht unterdrücken. Jacob Burckhardt erhoffte Ende 1870 die Geburt eines ganz »Neuen«, wenn auch unter Schmerzen, »da sich die zwei großen Geistesvölker des jetzigen Kontinents ... in einer vollständigen Häutung ihrer ganzen Kultur« befänden. Er prophezeite eine Änderung im deutschen wie im französischen Geist. Das Bedenklichste an der gegenwärtigen Lage sah er jedoch darin, daß man mit dem jetzigen Krieg in eine »Ära von Kriegen« eintrat. Der Enttäuschung über die nationale Entwicklung verliehen Anfang 1871 Gustav Freytag und Wilhelm Heinrich Riehl Ausdruck. Die Zitate zahlreicher deutscher Wissenschaftler, Dichter und Literaten folgen. Durch die einseitig nationalistische, vom Hochgefühl des deutschen Sieges und der Reichsgründung getragene Trivialpublizistik wurden die kritischen Stimmen zur kulturellen Entwicklung weitgehend übertönt. Aber auch namhafte Vertreter der deutschen Geschichtswissenschaft – von Ausnahmen abgesehen – äußerten sich enthusiastisch über die Reichsgründung und feierten sie als



den Höhepunkt der deutschen Geschichte; auch die naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen bekannten sich zum Nationalstaat, der ihnen durch wirtschaftliche Expansion nun größtmögliche Entfaltung ermöglichte. Befürchtungen und Warnungen, vielfach als destruktiv unterdrückt, konnten sich in ihrer Richtigkeit erst langsam durchsetzen. Deuerlein weist auf eine Rede von Erich Marcks im Jahre 1911 über »Goethe und Bismarck« hin, in welcher »das asymmetrische Gesicht« der Entwicklung des 19. Jahrhunderts dargestellt und Goethe und Bismarck als die Polarisierungspunkte der deutschen politischen und kulturellen Entwicklung interpretiert wurden. Diese Rede war der Auftakt für zahlreiche Veröffentlichungen vor und besonders nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, die das Zeitalter Bismarcks zum Gegenstand haben und die Deuerlein kritisch durchleuchtet. Fazit ist, daß Trivilliteratur und Wissenschaften den Nationalstaat verherrlichten, während Philosophie und die nicht als »Konsumzivilisation« verstandene Kultur im engeren Sinn des Wortes sehr schnell in Gegensatz zum Nationalstaat gerieten. Die »deutsche Kultur« verengte sich – mit Ausnahmen – zur »Reichskultur«, die von Burckhardt apostrophierte »Häutung der Kultur« führte zum Pessimismus, zur »Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des deutschen Reiches«.

Was Deuerlein für den Gesamtbereich der nationalen Kultur untersucht, differenziert der Beitrag von Elisabeth *Fehrenbach* an der deutschen Geschichtsschreibung über die Reichsgründung, die wie kaum ein anderes Thema die Wechselwirkung historischen und politischen Denkens widerspiegelt. Die Jahre 1890, 1918 und 1945 stellt Fehrenbach als besondere Einschnitte in der Beurteilung der Reichsgründung heraus, wie aus den repräsentativen Werken und den Gesamtdarstellungen der Reichsgründung im Detail gezeigt werden kann. Im Wechsel der Perspektiven kommt der progressive Charakter der Geschichte als Wissenschaft besonders deutlich zum Ausdruck. »Tendenzhistorie«, die zweifellos abgelehnt werden muß, wird jedoch mit Recht für die Reichsgründungszeit zwar nicht entschuldigt, aber gerechterweise interpretiert als Ausdruck eines noch ungebrochenen Glaubens an die Geschichte als Bildungsmacht und der Überzeugung, dank der positivistisch quellenkritischen Methoden des 19. Jahrhunderts auf absolut festem Boden zu stehen. Daß daraus sich aber verschiedentlich eine Geschichtsschreibung entwickeln konnte, die nach Burckhardts ironischen Worten »die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen« hat, wird nicht bestritten. Mit Recht verweist die Verfasserin darauf hin, daß mit zu den wichtigsten Aufgaben der zeitgenössischen Geschichtsschreibung gehörte, dem Geschehen der Reichsgründung eine im engeren Sinn preußisch-deutsche Tradition zu

rühmte Sybel-Ficker-Kontroverse der 60er Jahre über Universal- und Nationalstaat überholt. Dem kleindeutschen Geschichtsbild fehlte in der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts von Constantin Frantz abgesehen das großdeutsche Gegenbild. Auch von konservativer oder marxistischer Seite erschien keine eindeutig ablehnende Darstellung der Reichsgründung. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die historische Beurteilung wesentlich differenzierter. Doch die Flucht in die Vergangenheit nach der Katastrophe von 1918 hat auch teilweise zu verhängnisvollen Fehlurteilen geführt. Das Dritte Reich verstand es, die in ihre Ideologie passenden Betrachtungsweisen auszubauen und davon abweichende umzudeuten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auch in der deutschen Geschichtsschreibung der Blick frei für eine strukturanalytische Fragestellung, die sich von der einseitigen Fixierung auf die politisch-diplomatische Geschichte, oder gar nur auf die Person Bismarcks löste und die allgemeinen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der Reichsgründungszeit in den Mittelpunkt der Forschung rückte. Einerseits bleibt unbestreitbar, daß zum engeren Zeitpunkt der Reichsgründung keine echte Alternative bestand, doch konnte überzeugend nachgewiesen werden, daß die deutsche Geschichte nicht von vorneherein auf dieses Ziel hin determiniert war. Zu einer gerechten historischen Würdigung der Reichsgründung kommt die Wissenschaft jedoch nur, wenn sie noch mehr als bisher vom engen Blickwinkel der deutschen Nationalgeschichte weg zur vergleichenden Methode einer europäischen und universal-globalen Geschichtsbetrachtung übergeht.

Mit der nationalen Einigung untrennbar verbunden ist die Nationalitätenfrage. Die Rolle fremder Nationalitäten in einem sich als Nationalstaat begreifenden Reich war nicht nur das Hauptproblem in der Auseinandersetzung zwischen den Groß- und Kleindeutschen zwischen 1848 und 1870; die Nationalitätenfrage war auch eine Belastung für das Reich Bismarcks. Nicht alle Deutschen – man denke nur an die Deutsch-Österreicher – waren in diesem unvollendeten Nationalstaat vereint; dafür gehörten Menschen fremder Nationalität diesem Reiche an. Mit den »Polen und Dänen im Deutschen Reich« befaßt sich der Beitrag von Oswald Hauser. Wie der Autor nachweisen kann, war die Reichsregierung nicht in der Lage, das durch den Demokratisierungsvorgang gesteigerte nationale Streben von Minderheiten in ihrem politischen Gewicht richtig zu beurteilen; sie ging immer noch von der veralteten Idee aus, die polnischen und dänischen Minderheiten an die »höher stehende deutsche Kultur« assimilieren zu können. Jede Regung des Wunsches nach Selbstbestimmung betrachtete sie als reichsfeindliche Agitation. An sehr signifikanten Beispielen demonstriert Hauser die preußische Germanisierungspolitik, die erst Anfang des 20. Jahrhunderts unter außenpolitischem Druck gemildert wurde. Durch

ihr Versagen in der Minderheitenfrage geriet die deutsche Reichsregierung auch in Widerspruch zu weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung, je mehr der demokratische Gedanke an Boden gewann. Hervorzuheben ist, daß aber nicht nur der konservative Staat, sondern auch in den Sog des nationalen Machtwillens geratene liberale Kräfte nicht im Stande waren, sich zum Paritätsdenken durchzuringen. Die nationale Hybris ist allerdings – wie Hauser zurecht mit Hinweisen auf die spätere Entwicklung feststellt – weder an eine bestimmte Regierungsform noch an ein bestimmtes Volk gebunden.

Der nationalstaatliche Aspekt ist ein wesentlicher, wenn nicht der primäre Gesichtspunkt der Reichsgründung von 1871 gewesen. Die nationalen Kräfte, welche die Bismarcksche Reichsgründung begünstigten, wurden schon ausführlich gewürdigt. Unvollständig wäre jedoch eine kritische Sichtung der Bedingungen, Voraussetzungen und Wirkungen der Ereignisse von 1870/71, wenn die übernationalen Bewegungen der Zeit übersehen würden. Es ist daher zu begrüßen, daß in einem weiteren Beitrag Hans-Josef *Steinberg* auf »Sozialismus, Internationalismus und Reichsgründung« eingeht und Rudolf *Lill* »Die deutschen Katholiken und Bismarcks Reichsgründung« zum Thema einer Studie macht. Über beides wurde schon viel geschrieben, doch die hier gebotene Zusammenfassung macht das Bild deutlicher als bisher. Steinberg betont, daß es falsch wäre, von vornherein einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen dem Nationalstaat und damit auch der Reichsgründung von 1871 einerseits und dem »sozialistischen Programm der Klasseninternationalität« andererseits zu konstruieren. Die Arbeiterbewegung und die nationale Bewegung waren eng miteinander verflochten, allerdings waren die Vorstellungen vom Nationalstaat beim nationalliberalen Bürgertum ebenso weit entfernt vom preußischen Staatsmachtdenken wie die der Sozialisten. Das Reich von 1871 war nicht das Ideal des »freien Volksstaates«. Nachdem der offene revolutionäre Weg versagt blieb, wurde die Schaffung des zentralistischen Norddeutschen Bundes von den Sozialisten als ein wohl oder übel zu akzeptierender Fortschritt hingenommen, weil man immerhin darin die Möglichkeit zur Beschleunigung der sozialen Revolution sah. Im Verschwinden der »Krawalle der kleinen Hauptstädte« erblickte Engels einen Vorteil, doch in der »unvermeidlichen Überflutung Deutschlands durch das Preußentum« und in der Abtrennung der Deutsch-Österreicher einen großen Nachteil. Hierin war er sich mit Marx einig; Liebknecht und Bebel und der Verband der deutschen Arbeitervereine glaubten jedoch einen Konsolidierungsprozeß im Interesse der demokratischen und sozialen Revolution verhindern zu müssen. Der Gegensatz innerhalb des sozialistischen Lagers war in der Zeit vor der Reichsgründung weniger »national oder international« als vielmehr »preußisch-deutsch« oder

»großdeutsch-demokratisch«, wie Lassalle formulierte »Großdeutschland moins les dynasties«. Lassalles Nachfolger Schweitzer mußte die preußisch-deutsche Lösung hinnehmen, die Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg von 1866 rief bei ihm allerdings große Resignation hervor. Der Krieg von 1870 wurde von Marx und Engels wieder unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß die Errichtung eines deutschen Nationalstaates die Zentralisierung der Arbeiterschaft in Deutschland ermöglichte. Dazu kam noch die Hoffnung, daß durch eine Niederlage Frankreichs die ideologische Konkurrenz entscheidend geschwächt würde, was Engels sogar dazu veranlaßte, den Krieg als einen deutschen Verteidigungskrieg zu bezeichnen. Der deutsch-französische Krieg und die für Marx und Engels außer Zweifel damit gegebene Möglichkeit zur Reichsgründung wurde also bewußt in die revolutionäre Strategie eingebaut. Dagegen war die Verwirrung in der deutschen Arbeiterbewegung sehr groß; die einen sahen in Napoleon den Hauptfeind des Sozialismus, die anderen erwarteten sich vom Ende des Krieges auch für das deutsche Volk nichts Gutes. Die Schlacht von Sedan und die Gefangennahme Napoleons sowie die Ausrufung der französischen Republik führten die deutsche Arbeiterbewegung wieder zusammen. Denn gegen das französische Volk war der Krieg nun nicht mehr zu vertreten; die deutsche Arbeiterschaft wurde aufgerufen, gegen die Annexionen zu protestieren. Die Hoffnungen der Sozialisten auf einen »freien Volksstaat« erfüllten sich nicht. Schon bald wurde das Verhältnis zum neuen Reich durch den Pariser Kommuneaufstand belastet, mit dem sich Marx, Engels und die sozialistische Partei Deutschlands sofort identifizierten und ihn als »Vorboten einer neuen Gesellschaft« feierten. Die Sozialisten wurden aus Enttäuschung über die deutsche Entwicklung zur Internationalisierung gedrängt, während in der Reaktion darauf die das neue deutsche Reich tragenden gesellschaftlichen Schichten nun in der Arbeiterbewegung eine hohe Gefahr für den Staat sahen. Die zweifache Bedeutung der Reichsgründung von 1871 für die sozialistische Arbeiterbewegung lag einmal darin, daß für Marx und Engels durch den nun einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung Deutschland der Schwerpunkt der kontinentalen Arbeiterbewegung wurde, und zum anderen, daß die sozialdemokratische Partei nun mit innenpolitischen Verhältnissen konfrontiert wurde, die sie ablehnen mußte. Die Reichsgründung wurde nicht in Frage gestellt, doch hatte man von ihr eine Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände, die Mehrung der bürgerlichen Freiheit und die Förderung des kulturellen Fortschritts erwartet. Die Kritik der Sozialisten sah im Reich aber genau das Gegenteil, ein Staatsgebilde, »wo der Korporalstock die Leuchte der Menschheit und die Pickelhaube das Symbol der Kultur vorstellen soll«. Der bewußte Gegensatz zur kapitalistischen Klasse wurde nun auch zum bewußten Ge-

gensatz zur nationalen Idee, wie sie sich im Deutschen Reich realisiert hatte.

Wie Rudolf Lill nachzuweisen vermag, haben auch die Katholiken in ihrer Mehrzahl die Bismarcksche Reichsgründung zunächst nicht abgelehnt, nachdem 1866 die Hoffnung auf eine großdeutsche Lösung unter der katholischen Führungsmacht Österreich zu Grabe getragen und die föderativen Grundstrukturen in Mitteleuropa zerstört worden waren, eine politische Ordnung, die man als »die der staatlichen, konfessionellen und kulturellen Vielfalt Deutschlands entsprechend« angesehen hatte. Die Enttäuschung nach 1866 war aber nicht nur bei den Katholiken groß, sondern auch bei vielen konservativen Protestanten. Die katholische Amtskirche hat nie direkt zur politischen Veränderung Stellung genommen<sup>11</sup>, die katholische Vereinsbewegung hielt zunächst auch noch an der großdeutschen Gemeinsamkeit fest. Von Vertretern des politischen Katholizismus konnte im Norddeutschen Reichstag aber noch nicht die Rede sein, da keine kirchenpolitischen Probleme anstanden. Erfolglos blieben allerdings die Bemühungen einiger katholischer und konservativ-protestantischer Abgeordneter um eine grundrechtliche Garantie der Religionsfreiheit. Die bundesstaatlich-konstitutionell eingestellten Abgeordneten wie etwa Mallinckrodt, haben zwar die Annexionen Preußens verworfen, die Integration der Katholiken in das Reich wurde dadurch aber zunächst nicht gehemmt. Allerdings machten sich seit 1870 in steigendem Maße im Katholizismus die Kräfte ans Werk, die diese Integration verhindern wollten und damit den späteren Kulturkampf vorbereiteten<sup>12</sup>. Die Publizistik spielte dabei keine geringe Rolle, wobei Jörg mit den »Historisch-Politischen Blättern« eine besondere Bedeutung zukommt. In das politisch, kirchliche und soziale Spannungsfeld wirkte der von Papst Pius IX. geförderte Ultramontanismus hinein. Mit seiner Verurteilung der geistigen und gesellschaftlichen Entwicklung der Zeit (»Syllabus« 1864) und dem Dogma der Unfehlbarkeit mußte er heftigste Reaktionen bei den nicht durchwegs areligiös, aber doch mehr und mehr antikirchlich eingestellten Liberalen auslösen. Der Kulturkampf wurde so schon in den 60er Jahren vorbereitet. Je mehr sich die norddeutschen Liberalen mit Bismarck verbündeten, desto stärker wurde ihr antikatholischer Einfluß auf die preußische und damit später auch deutsche Innenpolitik. So war es nicht primär der Widerstand gegen die sich anbahnende nationale Einigung, sondern die Sorge vor zunehmenden antikatholischen Maßnahmen, die

<sup>11</sup> Wilhelm Emanuel Frh. v. Kettlers Buch »Deutschland nach dem Kriege von 1866« darf nicht als Stellungnahme der Amtskirche gewertet werden, wenngleich es aus der Feder eines katholischen Bischofs stammt.

<sup>12</sup> Karl BUCHHEIM, Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963.

zur politischen Zusammenfassung der Katholiken, zur Gründung der Zentrumsparterie 1870 führten, an deren Spitze Mallinckrodt und Reichensperger traten. Festzuhalten gilt es, daß auch die Mehrheit der deutschen Katholiken »aus ihrem antifranzösisch gefärbten Reichspatriotismus« heraus den Krieg von 1870/71 als legitim und notwendig zur Abwehr und Wiedergutmachung ansahen. Die im August 1870 in Fulda versammelten deutschen Bischöfe erklärten sich solidarisch mit dem Kampf gegen Frankreich. Es fehlte jedoch nicht an skeptischen Stimmen, so wiederum etwa bei Jörg. Nachdem die meisten Katholiken den Krieg gebilligt hatten, mußten sie auch seiner Konsequenz, der Reichsgründung, zustimmen. Von den süddeutschen Landtagen war nur der bayerische – wie bei Bosl schon näher ausgeführt wurde – unter Jörgs Führung gegen den Beitritt zum Reich. Im ersten deutschen Reichstag stand die Zentrumsfraktion mit 58 Abgeordneten an zweiter Stelle. Unter dem im Reichstag bestimmenden Einfluß der Nationalliberalen kam es aber bald zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen und zur parlamentarischen Isolierung des Zentrums. Aus diesem Ghetto heraus verwarf der politische Katholizismus alle Maßnahmen des Kulturkampfes, auch die, welche die Kirche gar nicht berührten, sondern lediglich längst fällige staatliche Reformen betrafen. Die Integration der Katholiken war dadurch unterbrochen und konnte erst ein Jahrzehnt nach der Reichsgründung wieder aufgenommen werden, nachdem in der Sozialdemokratie dem Reich der gefährlichere »Reichsfeind« gegenüber getreten war.

Eine besondere Belastung für das Verhältnis zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich war »Das Problem Elsaß-Lothringen«, dem Lothar Gall eine eingehende Studie widmet. Von der neuesten deutschen historischen Literatur ausgehend stellt Gall fest, daß heute ohne Zweifel die Annexion von Elsaß-Lothringen »zu den schweren außen- wie innenpolitischen Hypotheken der Reichsgründung von 1871« gezählt werden muß. Von der unmittelbaren Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses ganz abgesehen, dauerte es Jahre bis das Ausland Bismarcks Beteuerungen von der Erhaltung des status quo Glauben schenken konnte; auch verstand es die Reichsregierung nicht, die neugewonnenen Gebiete in das Reich zu integrieren und die besonderen innenpolitischen Probleme zu lösen. Eine nüchterne Beurteilung muß die Annexion von Elsaß-Lothringen als eine deutsche Fehlentscheidung von großer Tragweite ansehen; der Historiker darf aber selbstverständlich nicht die zeitgebundenen Anschauungen, politischen Überzeugungen und Umstände dabei übersehen. Gerade an diesem Beispiel wird wohl besonders deutlich, daß sich der Historiker vor Wertungen hüten sollte. Zur Zeit der Annexion waren die widersprüchlichsten Bewegungen lebendig: grundsätzliche Bejahung des Selbstbestimmungsrechtes, Hoffnung auf eine Einigung mit Frank-

reich im Rahmen einer Neuordnung Europas, aber auch die Fehleinschätzung der Einstellung der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten. Den entscheidenden Einfluß gewann jedoch der emotionale Nationalismus. Gall warnt eindringlich vor der Gefahr, der Beurteilung der Vorgänge von 1870/71 problematische Rückprojizierungen zugrunde zu legen. Der Verfasser untersucht die Haltung der deutschen Öffentlichkeit, vor allem der Presse und Publizistik zum Problem der Annexion und stellt fest, daß bereits wenige Tage nach dem Ausbruch des Krieges der Gedanke der Wiedervereinigung von Elsaß-Lothringen mit Deutschland erwogen wurde. Hatte man zunächst nur in Napoleon III. den Hauptfeind gesehen, so glaubte man mehr und mehr, daß auch das aggressive französische Volk Deutschlands Gegner sei. Bei Bismarck stand der Entschluß zur Annexion schon sehr früh fest, doch ist man sich in der Forschung über seine Motive nicht einig, zumal sich der Kanzler auch selbst zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedlich dazu geäußert hat. Sicherlich spielte die nationale Komponente bei ihm eine Rolle, so wenig er jedoch glaubte, daß der nationale Gedanke die Grundlage für eine dauerhafte Neuordnung Europas sein könnte; zum anderen hat es der klassischen Kabinettpolitik entsprochen, daß ein gewonnener Krieg auch territorialen Gewinn einbringen mußte. Sehr wichtig dürfte bei Bismarck aber auch der Gedanke gewesen sein, daß die Annexionen für die Sicherheit des deutschen Nationalstaates notwendig seien. Neben der öffentlichen Meinung und den Absichten Bismarcks war als dritte Komponente auch die allgemeine politische Situation ausschlaggebend. Bismarck hat jedenfalls die Verlängerung des Krieges riskiert, um das ihm notwendig erscheinende Kriegsziel zu erreichen. Die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die Elsässer und Lothringer sprach zweifellos den Grundsätzen des Liberalismus Hohn. Doch ob ohne die Annexionen die Entwicklung einen anderen Verlauf genommen hätte und eine rasche Versöhnung mit Frankreich möglich gewesen wäre, ist reine Spekulation. Gall stellt fest, daß 1870 die weitere Entfaltung der Machtverhältnisse in Europa noch nicht übersehbar waren; Frankreich hat die »Wunde von 1870 aus vielfältigen Gründen« bewußt offengehalten, was ihm um so leichter fiel, als die Integration von Elsaß-Lothringen in den deutschen Nationalstaat der Reichsregierung nicht gelang. Auf die für die deutsche wie für die europäische Geschichte gleich bedeutungsvollen Schicksale des Reichslandes in den nächsten Dezennien einzugehen, mußte entsprechend dem Generalthema des Buches unterbleiben.

Nachdem ein österreichischer und mehrere deutsche Historiker das Problem der Reichsgründung von verschiedensten Aspekten beleuchtet haben, war die Redaktion des vorliegenden Sammelbandes gut beraten, zum Komplex »Die europäischen Staaten und die Gründung des Deutschen Reiches« einen französischen Forscher, Jean-Baptiste *Duroselle*, zu Wort

kommen zu lassen. Angesichts der Weite des Problems beschränkt sich der Autor thematisch auf das nationale Problem, auf Elsaß-Lothringen und die Frage nach dem europäischen Gleichgewicht, wählt er nur den Blickwinkel der Nicht-Deutschen und konzentriert sich zeitlich auf die Spanne zwischen der Kriegserklärung im Sommer 1870 und der Mitte des Jahres 1871. Duroselle zieht die sehr reichhaltige französische, englische, italienische und west- wie ostdeutsche Literatur sowie die Quelleneditionen und sogar bisher unveröffentlichte Quellen heran. Trotzdem glaubt er, daß es nach dem derzeitigen Forschungsstand noch nicht möglich sei, ein umfassendes Bild von der Reaktion des europäischen Auslandes auf die Ereignisse von 1870/71 und die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands danach zu bekommen. Am meisten unter den Nachbarn Deutschlands war zweifellos Frankreich von dessen Einigung betroffen. Hier waren jedoch die Vorstellungen sehr vielgestaltig: die traditionell denkenden Franzosen hielten nach wie vor Deutschland nur dann für einen guten Nachbarn, wenn es geteilt, d. h. der preußisch-österreichische Dualismus wirksam sei; die liberalen Demokraten und Republikaner begrüßten die deutsche Einigungsbewegung, sie gaben der vollständigen Verwirklichung des Nationalitätsprinzips sogar die Chance, Europa den Frieden zu bringen und die »Vereinigten Staaten von Europa« zu schaffen. Mit 1866 schwanden allerdings diese Hoffnungen und damit die Sympathie für Deutschland. Die Gefahren einer deutschen Einigung traten nun in den Vordergrund. Zwischen den Standpunkten schwankte Napoleon III.: einerseits begünstigte er die nationale Bewegung, machte aber vor der letzten Konsequenz halt, indem er einmal in Italien den Kirchenstaat erhalten und zum anderen vom Norddeutschen Bund die vier süddeutschen Staaten fernhalten wollte<sup>13</sup>. Sein Dilemma war, daß er seinen Prinzipien treu bleiben wollte, jedoch mit Rücksicht auf Frankreich die Vollendung der deutschen Einheit verhindern mußte. Duroselle mißt daher der Hohenzollernkandidatur und der angeblichen Beleidigung durch die Emser Depesche nicht die entscheidende Bedeutung für die französische Kriegserklärung vom 16. 7. 1870 bei, sondern vielmehr dem Streben Napoleons nach Erfolg für sein Regime und der Abwehr der Frankreich durch die Vereinigung der vier süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund drohenden »tödlichen Gefahr«. Die französischen Kriegsziele waren nicht nur die Demütigung Preußens, sondern – wie glaubwürdig nachgewiesen wird – die Annexion großer Gebiete des deutschen Rheinlandes. Mit Sicherheit war es nicht die öffentliche Meinung, die Napoleon in den Krieg gegen Deutschland getrieben hat – hierin stimmen Dittrich

<sup>13</sup> Über die Rolle der süddeutschen Staaten im Kalkül der französischen Außenpolitik legt der Vf. in Kürze Einzelheiten aus französischen Akten vor.



und Duroselle völlig überein –; die Kriegserklärung wurde von der Regierung angestrebt und dazu die lauten Kundgebungen von Minderheiten, die zum Kriege drängten, ausgenützt. Nach Sedan war die Mehrheit der Öffentlichkeit in Frankreich und der neue Außenminister Jules Favre des guten Glaubens, daß Bismarck zwischen dem französischen Volk und der Kriegspolitik Napoleons III. und seiner Regierung unterscheiden würde. Doch die Beteuerungen, daß Frankreich das Kaisertum gestürzt habe und »Demokratien nicht kriegslüstern« seien, konnten Bismarck nicht von den Annexionen – von der Forderung des »Hausschlüssels« Straßburg – abbringen. Ein hochinteressanter, bisher unveröffentlichter diplomatischer Briefwechsel des Senators Michel Chevalier enthüllt, wie man von französischer Seite aus England zum Eingreifen veranlassen wollte, und zwar mit dem Hinweis, daß Deutschland mit den durch die hohen Kriegsschädigungen gewonnenen Geldern eine Flotte bauen werde, die England gefährden könnte. Die öffentliche Meinung gegenüber Deutschland wandelte sich zunehmend; nicht der Vorgang der Reichsgründung in Versailles stand jedoch im Mittelpunkt des Interesses, sondern Elsaß-Lothringen. In der verzweifelten Lage konnte nur noch Besonnenheit das Schlimmste verhüten; die französische Regierung sprach daher nur vom Gleichgewicht und nicht von Revanche. – In England hatte man lange gegen ein starkes Deutschland, als Puffer zwischen Frankreich und Rußland, nichts einzuwenden; man sah das europäische Gleichgewicht eher durch Frankreich als durch Deutschland bedroht. Es spielte dabei eine wichtige Rolle die Erinnerung, daß Deutschland oft Großbritanniens Verbündeter, doch nie sein Gegner war. Disraeli sah die Schuld am Zusammenbruch Frankreichs allein in der Politik Napoleons. Die Annexion von Elsaß-Lothringen hätte England zwar lieber verhindert, Gladstone versuchte Bismarck umzustimmen, da er in der Annexion den Anfang »einer neuen und unglücklichen Phase der europäischen Geschichte« sah; doch das Reich wurde akzeptiert, wohl auch weil das englische Interesse durch die Pontofrage abgelenkt wurde. Erst seit der Beschießung von Paris vollzog sich bei vielen Engländern ein Stimmungsumschwung zugunsten Frankreichs; jetzt erst konnten sich die Stimmen durchsetzen, die in der Gründung des Deutschen Reiches eine ernste Gefährdung des europäischen Gleichgewichts sahen. – Die russische Politik war nicht eindeutig: der Hauptgegner war Österreich-Ungarn, ansonsten schwankte man zwischen Frankreich und Preußen. Erst Sedan veranlaßte den Zaren, ganz für Preußen zu optieren. Für Rußland stand die Schwarzmeer-Politik im Vordergrund, die Reichsgründung wurde akzeptiert ohne Befürchtungen für das europäische Gleichgewicht. Doch dieser Standpunkt galt primär nur für die Regierung, während die zahlenmäßig sehr kleine, politisch interessierte russische Öffentlichkeit mehr profranzösisch dachte. Die Kluft zwischen zaristi-

schem Regime und öffentlicher Meinung wird auch in dieser Frage besonders deutlich. – Die jüngste der europäischen Mächte, Italien, widmete der Entstehung des Deutschen Reiches das geringste Interesse. Italiens Problem war die Eingliederung Roms. Die Einmischung Napoleons III. zugunsten der Erhaltung des Kirchenstaates rief in Italien eine starke antifranzösische Bewegung hervor. Trotzdem bewahrte die italienische Diplomatie äußerste Zurückhaltung gegenüber der deutschen Entwicklung. Neutralität und gutes Verhältnis zu Deutschland und Frankreich – nach Abzug der französischen Truppen – war die Forderung der Stunde. So konnte sich Italien aus dem Krieg heraushalten. Trotz der geringen Nachrichten über die italienische öffentliche Meinung jener Zeit ist bekannt, daß nach der Beschießung von Paris auch in Italien wieder profranzösische Stimmen laut wurden. – Unmittelbar berührt von der Reichsgründung war Österreich-Ungarn; es hätte mit Energie in die Verhandlungen der vier süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund eingreifen müssen. Beusts Aktionen waren jedoch zu schwach und wurden von Bismarck ausgespielt. Die Gelegenheit zur Rache an Preußen kam für Österreich wegen der noch immer sehr schlechten Finanzen zu früh. Österreich-Ungarn mußte daher die Neutralität vorziehen, wengleich sich Beust aktives Handeln vorbehielt. Die österreichischen Aufrüstungen richteten sich jedoch nicht gegen Preußen, sondern vor allem gegen Rußland. Die Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung Österreichs war für einen Sieg Preußens; schon im Dezember 1870 mußte die Regierung die Neugestaltung Deutschlands akzeptieren. – Nachdem Duroselle auch noch die Reaktion in den kleineren europäischen Staaten kurz beleuchtet hat, kann er feststellen, daß mit Ausnahme von Österreich-Ungarn bei keiner europäischen Macht der Vorgang der Reichsgründung im Vordergrund des Interesses stand und etwa als das größte Ereignis der Jahre 1870/71 aufgefaßt wurde. Die Aufmerksamkeit Europas war weit weniger darauf gerichtet als man annehmen sollte. Die zentralen Themen waren der Krieg, die Einnahme Roms, die Annexion von Elsaß-Lothringen, die Pontus-Frage und der Pariser Kommune-Aufstand. Der Übergang der kontinentalen Vorherrschaft von Frankreich auf Deutschland wurde als Episode gesehen und seine Auswirkungen noch nicht im geringsten ermessen. Mit Elsaß-Lothringen verband sich jedoch in ganz Europa die Sorge vor der »Revanche«, die ja auch Bismarck selbst teilte. Die Annexion und der antiidealistische Realismus Bismarcks brachten dem neuen deutschen Reich in Europa nicht viel Sympathien ein. Das Reich wurde geachtet und bewundert, aber früh auch schon gefürchtet. Für das Bewußtsein, daß Europa im Schwinden sei, gewann weniger die Reichsgründung selbst als vielmehr die Handlungsweise Bismarcks Gewicht. Duroselle schließt mit der nachdenklich stimmenden Feststellung, daß Bismarcks Wirken die Anerkennung der Deutschen ver-

dient, weil er die Politik Richelieus endgültig zunichte gemacht hat, andererseits hat er den Revanche-Geist heraufbeschworen, den Teufelskreis von Bündnis und Gegenbündnis. Duroselle hält Bismarck für einen der größten Staatsmänner aller Zeiten, spricht ihm jedoch jene letzte Größe ab, die darin besteht, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu verbessern.

Hat auch Europa im Jahre 1871 die Reichsgründung für nicht so wichtig genommen, in der Folgezeit mußte es von der weiteren Entwicklung des Deutschen Reiches mit wachsendem Interesse und zunehmender Sorge Kenntnis nehmen. Ein Rückblick auf die Ereignisse von 1870/71 wäre daher für eine historische Beurteilung unvollständig, wenn nicht im Ausblick »Das Deutsche Reich in seinen nationalen und universalen Beziehungen 1871 bis 1945« behandelt würde; dieser Aufgabe unterzieht sich der Herausgeber des Bandes, Theodor Schieder. Erst aus der Distanz von einem Jahrhundert läßt sich die Wirkung der Reichsgründung ermessen und ihre Einordnung in den großen historischen Prozeß vollziehen. Man kann die Reichsgründung entweder in den Zusammenhang der nationalstaatlichen Bewegung stellen oder sie auch aus der territorialstaatlichen Tradition als die Krönung preußischer Staatsbildung interpretieren. Bei den Zeitgenossen überwog zweifellos die nationalstaatliche Interpretation. Doch die nationalstaatliche Bewegung war gespalten, da sie von historischen Vorstellungen nicht wegkam, sich auf eine je nach dem Standpunkt verschiedene historische Kontinuität berief, deren Inhalt sie aber ablehnen und verleugnen mußte. Am deutlichsten wurde dieses Problem bei der »Kaiserfrage« und der Auffassung vom »Reich«. Bismarck hat die vielgestaltigen Vorstellungen zusammengezwungen zu einem Kaisertum, das zwar nicht mehr übernational-universal, aber immerhin überterritorial war. Kann man hier noch eine historische Tradition sehen, so fällt das »Reich« jedoch weitgehend aus der historischen Kontinuität heraus, die mit 1866 beendet war. Erst in dem neuen nationalen und föderalistischen Reich Bismarckscher Prägung konnte sich der Gedanke der kulturellen und dann auch politischen Expansion entwickeln, der den Weg zum imperialistischen deutschen »Weltreich« markierte. Die Verwirklichung blieb allerdings im Gegensatz etwa zur »Western Civilization« weit hinter dem Anspruch zurück. Die Vorstellung von außenpolitischer und militärischer Expansion sowie autoritärer, polizeistaatlicher Herrschaft auf dem innenpolitischen Sektor hat sich schließlich in der öffentlichen Meinung des Auslandes, aber auch breiter Kreise in Deutschland, mit dem Wort »Reich«, mit der monarchischen Ordnung in Deutschland verbunden. Der Staat von Weimar hat darum das Schwergewicht auf das Wort Republik gelegt. Das »Dritte Reich« griff bewußt den Reichsmythos wieder auf. Was nun die preußische Tradition im Reich anbelangt, so läßt sich feststellen, daß zwar nur sehr vereinzelt die Schaffung des deutschen National-

staates durch Eingliederung der übrigen Staaten in Preußen erwogen wurde und beim preußischen Liberalismus der Gedanke der »moralischen Eroberungen« Preußens in Deutschland im Vordergrund stand, daß im Endeffekt aber dennoch die Reichsgründung einer tatsächlichen Einverleibung Klein-Deutschlands in Preußen gleichkam, indem eindeutig bei Preußen die absolute Vorherrschaft lag und auch von Preußen die entscheidenden Impulse für die weitere Entwicklung ausgingen. Mit der Reichsgründung wurde das militärisch-politische Machtdenken Preußens, die Anwendung des »preußischen Erfolgsrezeptes« auf ganz Deutschland übertragen. Auch von hier führt schließlich ein Weg zum »Griff nach der Weltmacht«, der allerdings bei der im Verhältnis zu anderen Weltmächten sehr schmalen Machtbasis immer mit großen Risiken verbunden war und den Untergang letztlich auch besiegelt hat. Schieder weist auch auf die noch keineswegs im einzelnen erforschte Bedeutung der preußischen Tradition für den Aufstieg des Dritten Reiches hin. – Die von der Reichstradition und der preußischen Machtpolitik weitgehend bestimmte Reichsgründung war der Versuch, das Nationalitätsprinzip – wie gleichzeitig in Italien – auch auf die deutsche Politik anzuwenden, einen deutschen Nationalstaat zu begründen. Doch dieser Nationalstaat mußte unvollständig bleiben, weil weiterhin der Machtwille der beiden deutschen Großmächte bestehen blieb, weil einerseits Deutsche ausgeklammert, andererseits Fremde in das Reich einbezogen wurden. Trotzdem blieben, etwa im Gegensatz zur italienischen Irredenta die großdeutschen Kräfte nach der Reichsgründung sehr schwach. Der Nationalirredentismus wurde vom Nationalimperialismus verdrängt. Von »unvollendeter Nation« läßt sich aber auch sprechen, wenn man an die tiefen sozialen, geistigen und kulturellen Widersprüche innerhalb des Reiches denkt. Entgegen den liberalen Hoffnungen und Forderungen blieben die obrigkeitsstaatlichen Elemente des Reiches bis zum Ende des Ersten Weltkrieges bestehen. Galt den Liberalen der Nationalstaat als »unvollendet«, so erst recht den Sozialisten. Die internationalen Beziehungen Deutschlands waren von der Reichsgründung an damit belastet, daß in der »höchst labilen Ordnung der europäischen Politik« das Mißtrauen gegen weitere Expansion und die Verwirklichung des großdeutschen Programms nie überwunden wurde. Dieses Mißtrauen war umso begründeter, als bei dem unerhörten wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands der status quo in wachsendem Maß gefährdet schien. Die Politik des Reiches mußte daher defensiv und offensiv zugleich sein, da es zwar die stärkste, aber auch die anfälligste Landmacht in Europa war. Zur Weltmachtstellung im Sinne der »politischen und militärischen Präsenz in der ganzen Welt« hat es Deutschland nicht gebracht, das ökonomische Element stand in der deutschen Weltpolitik im Vordergrund, die innen- und außenpolitische Entwicklung konnte nicht Schritt halten,

was schließlich dem Kaiserreich zum Verhängnis wurde. Das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands blieb eine der wesentlichen Grundtatsachen der deutschen Geschichte seit der Zeit der Reichsgründung bis heute, die politische Einheit Deutschlands blieb jedoch – vom monarchischen Bundesstaat über die Weimarer Republik bis zum totalitären Einheitsstaat des Dritten Reiches – nur bis 1945, also nur ein dreiviertel Jahrhundert bestehen. Verglichen mit dieser kurzen Zeitspanne gewinnt die Epoche des Alten Reiches mit nur schwacher Zentral- und zunehmender Partikulargewalt ein starkes zeitliches Übergewicht. Nur mit der italienischen läßt sich die deutsche Verfassungsentwicklung in etwa vergleichen. Im Gegensatz etwa zu Frankreich mußte in Italien und Deutschland in der nationalstaatlichen Epoche die Einheit erst geschaffen werden. Über Jahrhunderte hinweg war die europäische Politik auf »die diffuse Machtordnung in Mitteleuropa« eingestellt; diese Funktion erfüllte auch der Deutsche Bund. Dennoch kann man nicht behaupten, daß der erste Versuch einer nationalstaatlichen Ordnung in Deutschland 1848/49 durch das europäische Ausland verhindert worden sei. Der ernsthafte Versuch der Einmischung, wie ihn Napoleon III. 1866 bis 1870 unternahm, ist gescheitert. Die Reichsgründung hat ohne Zweifel die bisherigen Voraussetzungen der europäischen Politik beseitigt. Doch erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Frankreich der Gedanke akut, das deutsche nationalstaatliche System wieder aufzulösen oder zumindest stark zu schwächen; demgegenüber begnügte sich die amerikanische Politik mit der Forderung nach der grundlegenden Veränderung des politischen, gesellschaftlichen und militärischen Systems im Reich. Entscheidende Bedeutung gewann der Gedanke des Dismemberment während des Zweiten Weltkrieges; allerdings stand hier die Grenzziehung zwischen den Einflußsphären der beiden alliierten Lager im Vordergrund. Wenn Stalin schließlich den Teilungsgedanken aufgab, so in der Hoffnung, seinen Einfluß auf ganz Deutschland ausdehnen zu können. Die Teilung Deutschlands in ihrer heutigen Gestalt geht auf die Besatzungszonen und deren getrennte durch die Konfrontation der Weltmächte bestimmte Politik zurück. Die deutsche Frage ist daher keine nationalstaatlich deutsche Frage mehr, auch keine rein europäische, sondern vielmehr ein Problem der Weltpolitik.

Versucht man, das Gesamtergebnis der vorgelegten Einzelbeiträge zusammenzufassen, so muß man besonders hervorheben, daß in dieser Gemeinschaftsarbeit die politisch-etatistische Geschichtsschreibung überwunden wurde und die moderne strukturanalytische Forschung, die in Frankreich ihren Ausgang nahm und in zunehmendem Maß auch die deutsche Wissenschaft befruchtet, breiteste Berücksichtigung fand. Neben der diplomatischen Geschichte, die ihre einseitige Fixierung auf den deutschen Nationalstaat zugunsten einer Integration der deutschen in die europäische

und globale Entwicklung aufgegeben hat, werden der Verfassungs- und vergleichenden Rechtsgeschichte, der Geistes- und Kultur-, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, vor allem aber auch der Gesellschaftsgeschichte und in Ansätzen der Mentalitätsforschung ein ebenbürtiger Platz eingeräumt. Den gesamteuropäischen Bewegungen der Zeit wie etwa dem Sozialismus, dem Liberalismus sowie der Auseinandersetzung der Kirchen mit Staat, Gesellschaft und moderner Wissenschaft ist mit Recht Aufmerksamkeit geschenkt worden. Neben der Beschäftigung mit der Position der Katholiken hätte aber wohl auch der Protestantismus eine eingehendere Untersuchung verdient, da gerade der deutsche Kulturprotestantismus zweifellos wesentlich dazu beigetragen hat, den »deutschen Beruf Preußens« ideologisch zu untermauern<sup>14</sup>; auch würde es sich lohnen, der Rolle der Freimaurer und der geistig-politischen Position des nationalstaatlich wie international eingestellten Judentums nachzugehen. Die gesellschaftliche Komponente könnte noch mehr betont werden durch die stärkere Einbeziehung der Publizistik, der Presse, der Vereinstätigkeit und der öffentlichen Meinung in ihrer regional sehr starken Differenzierung. Doch gibt es leider hierüber bisher noch zuwenig Untersuchungen, obwohl die Archive zur Erhellung dieser Fragen noch viele ungehobene Schätze bereithalten<sup>15</sup>.

Diese bescheidenen kritischen Anmerkungen können aber nicht den Wert des hier ausführlich angezeigten Buches schmälern, dessen einzelne Beiträge ohne Ausnahme die neuere und neueste Literatur zu den einzelnen Fragenkomplexen anführen, so daß man ohne Übertreibung von einem Handbuch zur Geschichte der deutschen Reichsgründung sprechen kann. Der spürbare Gewinn, den das Werk aus der Internationalität seiner Mitarbeiter gezogen hat, legt den Schluß nahe, daß auch andere auf einen geographisch-politisch begrenzten Raum beschränkte Handbücher gut daran täten, neben den einheimischen auch ausländische Forscher zu beteiligen; aus der Perspektive von jenseits der »Grenze« und aus ozeanischer Distanz

<sup>14</sup> Heinz Wolf SCHLAICH, Bayern und Deutschland nach dem Prager Frieden. Die deutsche Frage im Spiegel der nationalpolitischen Publizistik 1866/67. In: Gesellschaft und Herrschaft. Eine Festgabe für Karl Bosl zum 60. Geburtstag. München 1969, S. 301–338; im besonderen vgl. Karl-Georg FABER, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871. Eine kritische Bibliographie (Bibliographien zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Heft 4, Teile 1 und 2) 2 Bde., Düsseldorf 1963, und Fritz FISCHER, Der deutsche Protestantismus und die Politik im 19. Jahrhundert. In: Historische Zeitschrift 171, 1951, S. 473–518.

<sup>15</sup> Es ist dabei vor allem an die Auswertung der Polizeiakten und der sogenannten »Stimmungsberichte« zu denken, wie sie zum Beispiel für die bayerischen Bezirksämter bzw. Landkreise in reicher Zahl vorliegen. Die Berichte der unteren und mittleren Behörden (Regierungspräsidentenberichte des 20. Jhs.!) haben auch in die Denkschriften der Ministerien Eingang gefunden; vgl. hierzu Heinz Wolf SCHLAICH, Die Rechenschaftsberichte der inneren Verwaltung unter König Max II. In: Die Verwaltung 4, 1971, S. 31–58.

wird vieles verstehbar, was sich dem noch so guten Willen um Objektivität im eigenen Hause verschließt. Dem gewürdigten Buch kommt zweifellos nicht nur wissenschaftliche sondern auch politische Bedeutung zu, indem es falsche Vorstellungen im deutschen Geschichtsbewußtsein und Ressentiments zwischen Franzosen und Deutschen abbaut. Man wünscht sich daher dieses Werk nicht nur in die Hand des Fachhistorikers, sondern auch in die des Politikers und des Pädagogen, und darf hoffen, daß die gewonnenen Einsichten auch in die Schulbücher Eingang finden.